

LAND TAGS KURIER



Seite 12:
Innenausschuss tagt zur
Reform der polizeilichen
Aus- und Fortbildung



Seite 16:
Digital erfolgreich:
Besucherdienst zieht
Zwischenbilanz



Seite 20:
An der Seite von
Dr. Claudia Maicher
unterwegs in Leipzig

Ausgabe
4.21



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

gleich zwei historische Jahrestage bewegten den Sächsischen Landtag während der zurückliegenden Plenartage im Juni. So erinnerte ich zu Beginn der 32. Sitzung an den Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Mit dem »Unternehmen Barbarossa« entfesselten die Nationalsozialisten vor 80 Jahren einen auf Zerstörung und Vernichtung angelegten ideologischen Feldzug. Städte und Dörfer der Ukraine, Weißrusslands und Russlands machten sie sprichwörtlich dem Erdboden gleich. 27 Millionen Menschen verloren ihr Leben, darunter 15 Millionen Zivilisten. Unvorstellbares Leid erfuhren insbesondere die im deutschen Machtbereich lebenden Juden. Ihre systematische Deportation und Ermordung begann ebenfalls im Laufe des Schicksalsjahres 1941. Vor diesem historischen Hintergrund sehe ich Versöhnung und Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn und Russland als fortdauernde Aufgabe und Verpflichtung unseres Volkes an.

Eine besondere Verantwortung aus der deutschen Geschichte ergibt sich auch gegenüber den heute unter uns lebenden Juden. 2021 begehen wir ein Festjahr des jüdischen Lebens in Deutschland. Vor 1700 Jahren vermerkte der römische Kaiser Konstantin in einem Edikt erstmals Juden in Deutschland. Eine Aktuelle Debatte und ein Hintergrund in diesem Heft informieren Sie darüber. Ich freue mich, dass in den kommenden Monaten zahlreiche Veranstaltungen in Sachsen anlässlich dieses Jubiläums stattfinden. Heute leben 2600 Jüdinnen und Juden in unserem Freistaat. Wir schätzen uns glücklich, sie und die jüdischen Gemeinden wieder als selbstverständlichen Teil unseres Zusammenlebens zu erfahren. Ein Bekenntnis zur jüdischen Kultur in Deutschland und Sachsen bedeutet für mich ebenso, sich Tendenzen von Antisemitismus, wie sie in jüngerer Zeit leider wieder häufiger auftreten, klar entgegenzustellen.

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

32. Sitzung des Sächsischen Landtags
Entspannte Sommerzeit dank niedriger Inzidenzen
Infektionsgeschehen flaut in Sachsen weiter ab,
Warnungen vor dem Herbst nehmen zu 4
32. Sitzung des Sächsischen Landtags
Gesetzliche Rente auf dem Prüfstand
Expertenvorschlag zur Anhebung des Renteneintrittsalters
stößt auf Kritik 5
32. Sitzung des Sächsischen Landtags
Zweite Chance für die Lausitz
Wie gelangen die Finanzhilfen des Strukturwandels
in die Kohleregionen? 6
33. Sitzung des Sächsischen Landtags
Dialog über Europa
Fraktionen debattieren über die Zukunft
der Europäischen Union 7
33. Sitzung des Sächsischen Landtags
Bestandteil der deutschen Identität
Festjahr lenkt Aufmerksamkeit auf jüdisches Leben
in Deutschland 8
- Hintergrundinformationen zum Jubiläumsjahr**
»1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« 9
33. Sitzung des Sächsischen Landtags
Vom Wert der Freiheit
Debatte zum Jahrestag des Mauerbaus vor 60 Jahren 10

PARLAMENT

- Zwischen akademischem Anspruch und polizeilicher Praxis**
Polizeiausbildung in Sachsen wird
grundlegend modernisiert 12
- Laufende Gesetzgebung** 14
- Digital durchgestartet** 16
- Tierischer Einsatz im Plenarsaal** 18
- Bewährungsprobe für den Datenschutz**
Neuer Tätigkeitsbericht veröffentlicht 19

EIN TAG MIT...

- »Nur wenn wir etwas verändern,
können wir auch in Zukunft gut leben.«**
Ein Tag mit Dr. Claudia Maicher, Vorsitzende
des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschule,
Kultur, Medien und Tourismus 20

GESCHICHTE

- Wilhelm Buck – Moderator ohne Mandat**
Ministerpräsidenten und Landtag
in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 2) 22

SERVICE

- Weitere Informationen des Sächsischen Landtags** 24

Rente, Strukturwandel, Europa, Jüdisches Leben, Mauergedenken



// Marko Schiemann // Foto: O. Killig

// Die Tagesordnung der 32. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 23. Juni 2021 eröffnete der Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie. Danach folgten Aktuelle Debatten zum Renteneintrittsalter und zur Verteilung von Fördergeldern im Rahmen des Strukturwandels. In der 33. Sitzung debattierten die Abgeordneten unter anderem über die Zukunft Europas, das jüdische Leben in Sachsen sowie den 60. Jahrestag des Mauerbaus. //

// Die Staatsregierung berichtete in den vergangenen Monaten regelmäßig über den Stand der Corona-Pandemie in Sachsen. Zu Beginn der 32. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 23. Juni 2021 äußerte sie sich erneut zur aktuellen Entwicklung. Demnach entspannt sich die Infektionslage weiterhin deutlich. //

32. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Staatssekretär Thomas Popp //
Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Entspannte Sommerzeit dank niedriger Inzidenzen

Infektionsgeschehen flaut in Sachsen weiter ab, Warnungen vor dem Herbst nehmen zu

Hohe Impfbereitschaft

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, brachte ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass die Zahl der Corona-Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in Sachsen mittlerweile sogar unter dem Bundesdurchschnitt liege. Die Lage in den Krankenhäusern habe sich ebenfalls entspannt. Als Lehre aus der Pandemie forderte Staatssekretär Thomas Popp, CDU, die Verwaltung widerstandsfähiger zu machen. Dies gelinge nur durch eine Stärkung der digitalen Struktur sowie mehr Flexibilität beim Personaleinsatz.

Ein anderes Bild der Lage zeichnete unterdessen Jörg Urban, AfD. So habe das Herunterfahren des öffentlichen Lebens Existenzen zerstört, Familien zerrüttet und Kindern einen schwer aufholbaren Bildungsrückstand beschert. Das Absinken der Infektionszahlen lasse sich nicht mit den ergriffenen Maßnahmen begründen. Stattdessen habe es die Staatsregierung versäumt, rechtzeitig ausreichend Schnelltests zu beschaffen, Risikogruppen besser zu schützen und die Grenzen zu schließen.

Auswege erarbeitet

Alexander Dierks, CDU, hielt seinem Vordränger entgegen, sich die Argumente immer gerade so zu drehen, wie es ihm nütze. Das Krisenmanagement der Staatsregierung als völligen Fehlschlag hinzustellen, widerspreche jeder realistischen Betrachtung. Man habe sich den Ausweg aus der Krise von Welle zu Welle neu und mit zusätzlichen Instrumenten erkämpfen müssen. Aktuell arbeite man daran, mit deutlich präziseren Maßnahmen gegen diese und zukünftige Pandemien anzugehen.

In Anbetracht der sich ausbreitenden Delta-Virusvariante seien Vorkehrungen für die Reisezeit im Sommer sowie den Herbst notwendig, befand Rico Gebhardt, DIE LINKE. Weiterhin sprach er sich für ein konsequentes Beibehalten der Maskenpflicht und der Abstands- und Hygienevorschriften aus. Die Impfbereitschaft solle wegen einer möglichen Auffrischungsimpfung offen gehalten werden. Schneller vorankommen müsse man endlich auch bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter.

Testpflicht fortführen

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, argumentierte, man könne sich in einer dynamischen Pandemielage nicht das herauspicken, was gerade im Einzelfall funktioniere. Ihn besorge ebenfalls die Lage in Großbritannien und Portugal, wo die Delta-Mutante des Coronavirus die Infektionszahlen steigen lasse. Um eine vierte Welle in Sachsen zu verhindern, sei eine Fortführung der Testpflicht, etwa bei körpernahen Dienstleistungen, sinnvoll. An Schulen hätten die Tests nachweislich geholfen.

Die Pandemie sei noch nicht überwunden, appellierte Simone Lang, SPD. In Sachsen habe man sich darauf verständigt, die Impfbereitschaft länger offen zu halten und so dem Ziel der Herdenimmunität näherzukommen. Die Frage, ob Kinder gegen Corona geimpft werden sollten, dürfe man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Sächsische Impfkommision spreche aktuell keine allgemeine Empfehlung aus, sondern lediglich für Kinder ab zwölf Jahren mit Vorerkrankungen.

Dr. Daniel Thieme

Gesetzliche Rente auf dem Prüfstand

Expertenvorschlag zur Anhebung des Renteneintrittsalters stößt auf Kritik

Fotos: S. Floss

32. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die erste Aktuelle Debatte der 32. Sitzung des Sächsischen Landtags beantragte die AfD-Fraktion mit dem Titel »Rente mit 67, 68 oder 70? – Wer bietet mehr?«. Ein kürzlich veröffentlichtes Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium prognostiziert steigende Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung in den kommenden Jahren. //

Es sei der Versuch, ein längst nicht mehr generationengerechtes Rentensystem auf die Frage des Renteneintrittsalters zu reduzieren. Ihre Partei setze sich für flexible Übergänge in den Ruhestand ein, zum Beispiel durch eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr und den Verbleib am Arbeitsplatz für die Menschen, die gern länger arbeiten würden.

Keine weiteren Abschlüge

Es sei schlimm genug, dass in den letzten Jahren das Rentenniveau abgesenkt worden sei, kritisierte André Wendt, AfD, zu Beginn. Schon heute erhielten Millionen von Menschen nur Renten auf Grundsicherungsniveau. Die nun vorgestellten Pläne bedeuteten eine weitere Kürzung durch die Hintertür. Seine Fraktion halte die Pläne für völlig inakzeptabel. Auch wenn die Lebenserwartung steige, bedeute das nicht umgekehrt, dass alle älteren Bürgerinnen und Bürger länger gesund und leistungsfähig blieben.

Der Sächsische Landtag sei für die Festlegung des Renteneintrittsalters nicht zuständig, stellte Kay Ritter, CDU, klar. Ungeachtet dessen stehe das Rentensystem vor großen Herausforderungen. Aufgrund der demografischen Entwicklung müssten in Zukunft weniger Beitragszahler für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen. Ohne eine Reform stiegen die Renten langsamer und die Beiträge erhöhten sich weiter. Die Grundlage für eine gute Sozialpolitik bleibe eine leistungsstarke Wirtschaft.

Rentenniveau anheben

Susanne Schaper, DIE LINKE, wies darauf hin, dass ein Großteil der Menschen das Renteneintrittsalter nicht erreiche. Bereits 2019, bei einem durchschnittlichen Rentenbeginn mit 64 Jahren, schafften 17 Prozent diese Marke nicht, knapp 23 Prozent gingen mit Abzügen in den Ruhestand. Um die Rente zu stabilisieren, fordere ihre Partei daher, dass auch Beamte, Freiberufler und Politiker in die Rentenkasse einzahlen sollten. Das Rentenniveau müsse auf 53 Prozent steigen.

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, warf der AfD vor, mit dem Debattenthema die Sorgen von Menschen zu instrumentalisieren.



Lebensleistung würdigen

Das Ziel von Politik sollte der Respekt vor dem Geleisteten sein, hob Simone Lang, SPD, hervor. Diesem Wunsch stehe die Forderung nach einer Anhebung des Renteneintrittsalters unversöhnlich gegenüber. Vielmehr müsse man über eine auskömmliche Rente im Alter reden. Ein wichtiger Erfolg in dieser Hinsicht sei die Grundrente gewesen, von der besonders Frauen profitierten. Damit eine verlässliche Rente auch sicher sei, sollten alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Der Sozialstaat berge ein Versprechen auf Sicherheit, so Sozialministerin Petra Köpping, SPD. Bis 2025 werde gewährleistet, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinke und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent ansteige. Daran müsse man sich auch zukünftig orientieren. Der Vorschlag für die Rente mit 68 entspreche hingegen nicht jenem Respekt, den Menschen für ihre Lebensleistung verdienten. Für eine gute Alterssicherung brauche es höhere Tariflöhne, Sachsen liege in dieser Frage weit zurück.



Foto: S. Floss

32. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Zweite Chance für die Lausitz

Wie gelangen die Finanzhilfen des Strukturwandels in die Kohleregionen?

// »Blühende Landschaften 2.0 verhindern: Strukturwandel-Gelder nicht länger nach Gutsherren-Art verteilen, sondern demokratisch, transparent & sozial – mehr Mitbestimmung wagen!« lautete der Titel der zweiten Aktuellen Debatte am 23. Juni 2021. Beantragt hatte sie die Fraktion DIE LINKE. Aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes, das den Kohleausstieg begleitet, sollen insgesamt 40 Milliarden Euro in die betroffenen Regionen fließen. //

zur Förderung von Strukturwandelprojekten sei neu, es gebe aber schon gute Beispiele, wie etwa in der Kommune Krauschwitz. Dort existiere ein Konzept mit den Schwerpunkten Bürgerbeteiligung, Energiewende und Standortentwicklung.

Anliegen aufgreifen

Antonia Mertsching, DIE LINKE, machte darauf aufmerksam, dass die Lausitz unter Überalterung leide und bei der Infrastruktur größere Lücken aufweise. Sie betrachte es daher überaus kritisch, wenn der Strukturwandel nun weitgehend ohne den Landtag und die betroffenen Kreistage gestaltet werde. Transparenz gehöre zur ersten Stufe der Beteiligung, werde aber seitens der Staatsregierung massiv vernachlässigt. Dabei sei es äußerst wichtig, die Leute in der Region mitzunehmen.

Nach 1990 seien tatsächlich blühende Landschaften entstanden, verwies Dr. Stephan Meyer, CDU, auf den Debattentitel. In der früher »Schwarzes Dreieck« genannten Region Zittau gebe es heute saubere Flüsse, auch die Wirtschaftsentwicklung könne sich sehen lassen. Im Hinblick auf die bereitstehenden Gelder ginge es darum, vor allem Ideen aus den Regionen umzusetzen. Dafür

habe der Freistaat Sachsen als einziges Bundesland regionale Begleitausschüsse.

Beteiligung ermöglichen

Thomas Thumm, AfD, warf der CDU vor, die Finanzhilfen des Strukturwandels für den eigenen politischen Vorteil zu nutzen. Die regionalen Begleitausschüsse seien von Intransparenz und Kungelei geprägt, anstatt den Betroffenen vor Ort ein echtes Mitspracherecht einzuräumen. Diese Zustände müssten beendet werden, damit die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier eine gute Zukunft hätten. Der politisch gewollte Strukturwandel müsse von unten nach oben wachsen.

Ines Kummer, BÜNDNISGRÜNE, betonte, man habe sich beim Strukturwandel auf Bundesebene andere Schwerpunkte und vor allem weitreichendere Ziele gewünscht. Dennoch akzeptiere man die demokratisch getroffenen Entscheidungen. Das Verfahren

Verlässlichkeit schaffen

Der Strukturwandel in den Braunkohleregionen biete die Chance, etwas vollkommen Neues aufzubauen, so Volkmar Winkler, SPD. Man könne jetzt vieles besser machen als in der Vergangenheit. Dazu brauche es jedoch Planungssicherheit und damit ein Festhalten am Kompromiss zum Kohleausstieg. Ein früherer Ausstieg würde einen erfolgreichen Umbruch gefährden. Der Begleitausschuss könne nicht kritisiert werden, bevor dieser überhaupt anfangen zu arbeiten.

Sein Ministerium fördere Entscheidungen von unten nach oben, verteidigte der Staatsminister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt, CDU. Die Projekte zum Strukturwandel nähmen in den Kommunen ihren Anfang, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, begleitet durch die Agentur für Strukturentwicklung. Sie liefen dann weiter über die Stellungnahmen in den Staatsministerien in einen von mehreren regionalen Begleitausschüssen. Diese Gremien stünden in ihrer Arbeit noch ganz am Anfang.

Dialog über Europa

Fraktionen debattieren über die Zukunft der Europäischen Union

33. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die 33. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 24. Juni 2021 begann mit einer von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragten Aktuellen Debatte zum Thema »Konferenz zur Zukunft Europas – grenzüberschreitende Diskussion für eine Demokratie mit Zukunft«. Dieses politische Gremium wurde von der Europäischen Kommission einberufen und soll sich mit künftigen Demokratiefragen beschäftigen. //

Marketingmaßnahme und nicht wie die Initialzündung für eine bessere Zukunft Europas. Wünschenswert seien vielmehr die Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer, die Freigabe der Corona-Impfstoffpatente sowie das Ende aller Rüstungsvorhaben.

EU-Demokratie stärken

In ihrer jetzigen Form könne die Europäische Union bestehende Herausforderungen nicht mehr ausreichend beantworten, eröffnete Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, die Debatte. Man müsse daher diskutieren, wie es nun weitergehe. Wichtig seien zukünftig die stärkere Förderung von sozialer Gerechtigkeit sowie die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. Ihre Fraktion fordere außerdem die Stärkung des Europäischen Parlaments durch ein eigenes Initiativrecht und ein starkes Haushaltsrecht.

Da man sich nicht auf einen Konvent habe einigen können, trete man nun über Konferenzen in einen gemeinsamen Dialog, merkte Marko Schiemann, CDU, nachdenklich an. Für seine Fraktion begründe sich die EU auf verlässlichen Verträgen, getragen von den Nationalstaaten. Reformen könnten damit beginnen, dass bestehende Vereinbarungen besser umgesetzt und eingehalten würden. Dazu gehörten auch eine bessere Wirt-

schafts- und Sozialpolitik sowie der Abbau von Defiziten in der Sicherheitspolitik.

Souveränität fördern

Alexander Wiesner, AfD, betonte, es sei anmaßend, wenn die Europäische Union die Werte für Europa vorgebe und meine, den einzig wahren Weg zu kennen. Großbritannien habe sich bereits aus der EU verabschiedet, die Schweiz ein Rahmenabkommen fallen lassen. Die einstige Verfassung der Europäischen Union sei bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden. Die EU brauche jetzt keine bestellten Bürgerinnen und Bürger, sondern eine größere Souveränität der Nationalstaaten.

Von der Zukunftskonferenz habe man bisher nichts gehört, obwohl sie der größte Beteiligungsprozess europäischer Bürgerinnen und Bürger sein solle, gab Marika Tändler-Walenta, DIE LINKE, zu bedenken. Die Sache wirke daher eher wie eine lieblos vorbereitete

Beteiligung ausbauen

Die Idee eines Europas der Vaterländer sei aus der Zeit gefallen, so Hanka Kliese, SPD. Vielmehr gehe es heute um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Man müsse die Fenster im Haus Europa wieder weit öffnen und frischen Wind hereinlassen. Die Konferenzen könnten somit ein Wettstreit der besten Ideen und der effektivsten Lösungen für ein sozialeres und demokratischeres Europa werden.

Europaministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, betonte, die europäische Integration vollziehe sich am wirkungsvollsten zwischen Menschen auf regionaler Ebene. Das europäische Herz schlage besonders in den Grenzregionen, die es auch in Sachsen gebe. Um die Zukunft Europas zu gestalten, müsse man sich der praktischen Probleme in diesen Bereichen annehmen. Die Sächsische Staatsregierung unterstütze daher den jetzt begonnenen Bürgerdialog der Konferenzen.

// Lucie Hammecke // Foto: O. Killig



Bestandteil der deutschen Identität

Festjahr lenkt Aufmerksamkeit auf jüdisches Leben in Deutschland

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 33. Sitzung des Sächsischen Landtags befassten sich die Abgeordneten mit einem Antrag der SPD-Fraktion zum Thema »Jüdisches Leben und jüdische Kultur in Sachsen«. Im Mittelpunkt der Aussprache stand dabei unter anderem das Festjahr »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« (siehe Hintergrund auf Seite 9). //

33. Sitzung des Sächsischen Landtags

Feste, Musik und Traditionen würden sich vielfältige Möglichkeiten ergeben, die jüdische Kultur zu erleben. Selbstverständlich sei darüber hinaus auch, dass man fest an der Seite der jüdischen Gemeinden in Chemnitz, Dresden oder Leipzig mit ihren 2600 Mitgliedern stehe.

habt hätten und noch immer hätten. Es gelte Antisemitismus so lange zu verurteilen und zu bekämpfen, bis jüdisches Leben zu etwas Selbstverständlichem geworden sei.

Als Selbstverständlichkeit verstehen

Frank Richter, SPD, betonte zu Beginn, mit der Debatte gehe es der SPD-Fraktion darum, die Geschichte der Jüdinnen und Juden und ihrer Kultur als einen integralen Bestandteil der sächsischen Geschichte und Kultur wahrzunehmen und zu würdigen. Man solle damit aufhören, sie als eine homogene fremde Sondergruppe zu sehen. Nicht alle glaubten an Gott oder wüssten genau, was unter jüdischer Kultur zu verstehen sei.

Man müsse Verständnis füreinander entwickeln und den Vorurteilen den Nährboden entziehen, warb Martin Modschiedler, CDU. Neben dem historischen Wissen leiste dies vor allem die politische Bildungsarbeit. Über

Einfluss auf deutsche Identität

Jüdische Bürgerinnen und Bürger hätten Kunst und Wissenschaft über Jahrhunderte in Deutschland maßgeblich geprägt, so Jörg Kühne, AfD. Doch selbst herausragende Persönlichkeiten wie Heinrich Heine hätten mit antijüdischen Vorurteilen zu kämpfen gehabt. 1950 lebten in Deutschland gerade einmal noch 15 000 Juden, die dem Holocaust entkommen konnten. Ihre Zahl sei bis Mitte der 2000er-Jahre auf 100 000 angestiegen. Ein Wunsch sei es, dass jüdische Gemeinden in Deutschland auch zukünftig wachsen würden.

Franz Sodann, DIE LINKE, betonte, das Judentum dürfe hierzulande nicht auf Verfolgung und Schoah reduziert werden. Vielmehr beabsichtige das ausgerufene Festjahr den Anteil zu würdigen, den Jüdinnen und Juden trotz Unterdrückung und Verfolgung am gesellschaftlichen Leben in Deutschland ge-

Zusammenleben der Kulturen

Es sei eine große Bereicherung, jüdische Menschen mitten in der Gesellschaft zu wissen, unterstrich Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE. Nach 1990 hätten sich in Sachsen eingewanderte Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen Ländern niedergelassen. Sie leisteten heute vielfach einen wichtigen Beitrag für den interkulturellen Dialog. Beschämend und nicht tolerierbar sei hingegen die steigende Zahl antisemitischer Vorfälle in Sachsen.

Der Schutz und die Förderung des Judentums seien eine staatliche Aufgabe, so Kultusminister Christian Piwarz, CDU. Basierend auf dem Staatsvertrag mit den jüdischen Gemeinden stelle Sachsen jährlich 30 Millionen Euro zur Verfügung. Jüdische Schüler hätten seit letztem Schuljahr das Recht auf eigenen Religionsunterricht. Das Fach werde in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden erteilt.

// Frank Richter // Foto: O. Killig





Hintergrundinformationen zum Jubiläumsjahr »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«

// Chemnitzer Synagoge //
Foto: picture alliance/ZB,
Hendrik Schmidt

// Das jüdische Leben blickt in diesem Jahr auf seine 1700-jährige Geschichte in Deutschland zurück. Dieses Jubiläum wird im Rahmen eines bundesweiten Themenjahres begangen. Auch Sachsen ist mit zahlreichen Projekten vertreten. //

Am 11. Dezember 321 erließ der römische Kaiser Konstantin ein Edikt, das Juden den Zugang zu Ämtern in der Stadtverwaltung von Köln ermöglichte. Das historische Dokument gilt als frühester Beleg für jüdisches Leben in Deutschland. Die Spuren jüdischer Gemeinden in der europäischen Kultur lassen sich ebenfalls bis in die Spätantike zurückverfolgen. Aus diesem Anlass bietet das Jubiläum im Jahr 2021 nun eine willkommene Gelegenheit, sich näher mit der jüdischen Geschichte und ihrer Gegenwart zu beschäftigen. Es ist auch für Sachsen eine große Chance, auf die Präsenz jüdischer Kultur im Freistaat aufmerksam zu machen. Die dazu initiierten Projekte laden ein, die regionale Verwurzelung des Judentums kennenzulernen – auch dort, wo es heute keine jüdischen Gemeinden mehr gibt.

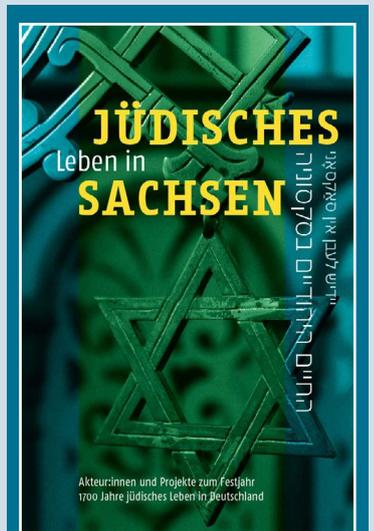
In Sachsen gehen die Anfänge des jüdischen Lebens bis auf das 11. Jahrhundert zurück. Maßgeblich Einfluss auf die Entwicklung von Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Kultur und Architektur in Deutschland nahmen Jüdinne(n) und Juden vor allem ab dem 19. Jahrhundert. In zahlreichen sächsischen Städten entstanden in dieser Zeit organisierte jüdische Gemeinden. Sie verfolgten unter anderem den Wunsch, durch den Bau von Synagogen ihrem Glauben sichtbar Ausdruck zu verleihen. In Leipzig weihte die ansässige Gemeinde 1855 ihre Synagoge ein. In Dresden erhielten Juden bereits im Jahr 1834 das Recht, eine Synagoge zu errichten, die 1840 fertiggestellt wurde. Nach Gründung der jüdischen Gemeinde in

Chemnitz im Jahr 1875 folgte der Bau einer Synagoge, die 1899 erstmals öffnete. Ihre tiefste Zäsur, geprägt von Entrechtung und systematischer Ermordung, mussten Jüdinnen und Juden im 20. Jahrhundert während der Zeit des Nationalsozialismus erleiden; nicht nur in Sachsen, sondern fast überall in Europa.

Für das Jahr des jüdischen Lebens ist es vor diesem Hintergrund ein Anliegen, das Jüdische als einen selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Die Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte fordert zudem dazu auf, weiterhin mit großer Entschlossenheit gegen den fortwährenden Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen Stellung zu beziehen.



www.smk.sachsen.de/beauftragter-der-saechsischen-staatsregierung-fuer-das-juedische-leben



Eine vom Netzwerk Jüdisches Leben e.V. in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Staatsregierung für das Jüdische Leben herausgegebene Broschüre stellt Akteure und Projekte vor, die in Sachsen das Themenjahr begleiten. Sie trägt den Titel »Jüdisches Leben in Sachsen«.



// Barbara Klepsch // Foto: O. Killig

33. Sitzung des Sächsischen Landtags

Vom Wert der Freiheit

Dr. Daniel Thieme

Debatte zum Jahrestag des Mauerbaus vor 60 Jahren

// Am 13. August 1961 begann die DDR-Führung mit der Errichtung der Berliner Mauer. Den historischen Jahrestag nahm die CDU-Fraktion zum Anlass für eine Aktuelle Stunde in der 33. Sitzung des Sächsischen Landtags. Mit dem Antragstitel »60 Jahre Mauerbau – Das Gedenken an die Opfer der deutschen Teilung hochhalten« erinnerte sie unter anderem an jene Menschen, die an der deutsch-deutschen Grenze ihr Leben verloren. //

Lehren aus der Geschichte ziehen

Marko Schiemann, CDU, mahnte, die Namen der Opfer müssten im gesellschaftlichen Gedächtnis verbleiben. Dafür bedürfe es einer fortwährenden Aufarbeitung des begangenen Unrechts. Nicht nur die ältere, sondern auch die nachgeborene Generation sei verpflichtet, die Wiederkehr einer solchen Zeit zu verhindern. Das sozialistische Experiment sei nur möglich gewesen, weil die SED das Volk eingemauert habe. Diktaturen würden dort ihren Anfang nehmen, wo Meinungsfreiheit und demokratische Wahlen fehlten.

Er müsse in Anbetracht des Jahrestages feststellen, dass man aus der Geschichte nichts gelernt habe, befand Roland Ulbrich, AfD. Eine aktuelle Umfrage zeige, dass in Deutschland nur noch 45 Prozent der Befragten glauben, man könne seine Meinung frei äußern. Bürgerliche Freiheitsrechte unterstünden einer selbstgerechten Gutmenschenkontrolle. Im CDU-Land Sachsen würde

der Geheimdienst mit Stasi-Methoden arbeiten und sogar Parteien und Minister bespitzeln.

Demokratie bewahren

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, erklärte, der Mauerbau 1961 gehöre zu den dunkelsten Ereignissen der deutsch-deutschen Geschichte. Er bedeutete die Kapitulation des realsozialistischen Systems. Die Errichtung der Mauer habe sich als größte Hypothek für den Begriff des Sozialismus erwiesen. Man habe gelernt, dass der Sozialismus immer demokratisch sein müsse. Wenn heute ein Land Mauern hochziehe, auch Mauern in den Köpfen, dann gehe es auch mit der Demokratie zu Ende.

Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE, stellte die Frage, welche Lehren man aus der Geschichte ziehe. Auch heutzutage würden Menschen ihrer Freiheit beraubt, wie beispielsweise in Belarus. Man betrachte mit Sorge, wie in Ungarn eine Regierung immer autoritärer

agiere oder in Hongkong eine Demokratie zunichtegemacht werde. Wenn aber pandemiebedingte Einschränkungen mit Repressionen in der DDR gleichgesetzt würden, sollte man besser Historiker und Zeitzeugen befragen, was Unfreiheit tatsächlich bedeute.

Erinnern und versöhnen

Die Erinnerung sei nicht einfach schwarz oder weiß, so Hanka Kliese, SPD. Ein Grenzsoldat könne ebenso ein Opfer sein, auch wenn die Mehrheit davon es nicht gewesen sei. Außerdem dürften Jahrestage niemals instrumentalisiert werden. Die Erinnerungskultur müsse vielmehr auch die Möglichkeit einschließen, wieder aufeinander zuzugehen. Das Gedenken an Opfer von Diktaturen gehöre in diesem Zusammenhang nicht einzelnen Parteien, sondern allen, die ehrliche Beweggründe zeigten.

Um an den Mauerbau zu erinnern, der Opfer zu gedenken und über die Konsequenzen der deutschen Teilung zu sprechen, fänden in Sachsen und ganz Deutschland in den kommenden Wochen unterschiedliche Formate statt, verkündete Kulturministerin Barbara Klepsch, CDU. Sie warnte jedoch davor, Vergleiche zwischen damals und heute zu konstruieren. Man dürfe seit 1990 in einem Staat und einer Demokratie friedlich leben, die Meinungsfreiheit garantiere.

Neue Struktur für die Polizeiausbildung in Sachsen

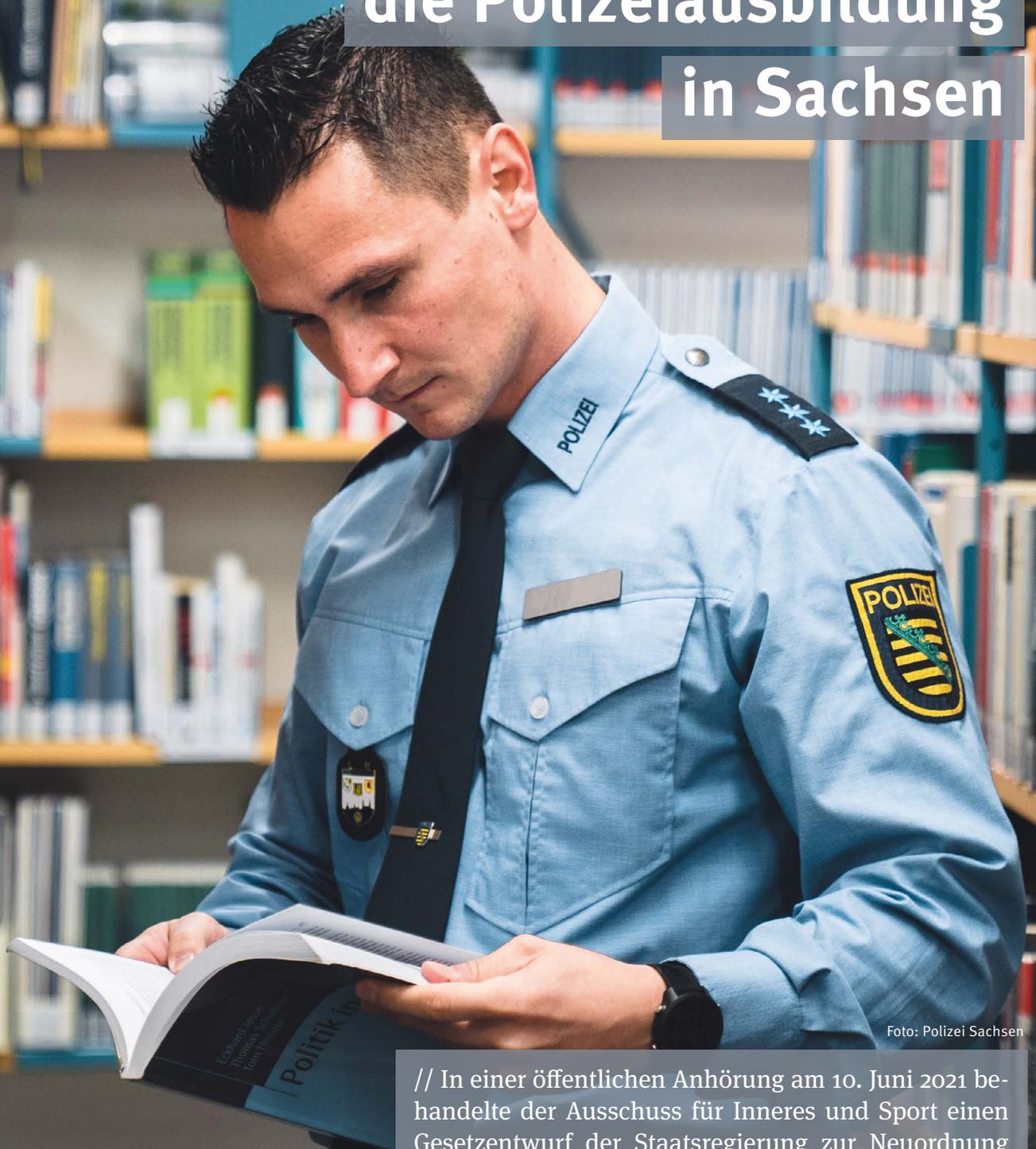


Foto: Polizei Sachsen

// In einer öffentlichen Anhörung am 10. Juni 2021 behandelte der Ausschuss für Inneres und Sport einen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Neuordnung des Studiums sowie der Aus- und Fortbildung der sächsischen Polizei. In der Sitzung kamen insgesamt acht Sachkundige zu Wort. //



Foto: Polizei Sachsen

Janina Wackernagel

Zwischen akademischem Anspruch und polizeilicher Praxis

Polizeiausbildung in Sachsen wird grundlegend modernisiert

// Der von der Staatsregierung Anfang April 2021 vorgelegte Entwurf über ein »Gesetz zur Neuordnung der Organisation von Studium, Ausbildung und Fortbildung der sächsischen Polizei« (Drs 7/6004) sieht weitreichende Veränderungen vor. Zentral ist dabei, dass die bislang auf verschiedene Behörden verteilten Zuständigkeiten für Studium, Aus- und Fortbildung der Polizei künftig bei der Hochschule der Sächsischen Polizei gebündelt werden sollen. Neben einer verstärkten wissenschaftlichen Ausrichtung sind auch Reformen im organisatorischen Aufbau der Fachhochschule vorgesehen. Der Innenausschuss hat sich mit den genauen Modalitäten am 10. Juni 2021 in einer öffentlichen Anhörung beschäftigt. //

In seinem Eingangsstatement stellte der Sachkundige Friedel Durben fest, gute Bildung sowie eine anerkannte Bildungsorganisation seien entscheidende Voraussetzungen dafür, dass die Polizei qualitativ gute Arbeit abliefern, dass sie Anerkennung bei den Bürgerinnen und Bürgern finde, der Beruf für junge Menschen attraktiver und die Polizei insgesamt zukunftsfähig werde.

Sowohl die Stellungnahmen der Sachkundigen als auch die

sich anschließende Fragerunde mit den Ausschussmitgliedern warfen aber recht schnell das Licht auf ein Grundproblem der geplanten Reform. Einerseits soll die Nähe zur Berufspraxis in der polizeilichen Ausbildung erhalten bleiben, andererseits dürfte eine stärkere Akademisierung nach kritischer Distanz von Forschung und Lehre zur Polizei verlangen. In diesem Spannungsverhältnis werden sich die künftigen Polizeianwär-

ter genauso wiederfinden wie die Lehrkräfte an der Fachhochschule und die Vertreter in den Hochschulgremien.

In der Anhörung wurden verschiedene Vorschläge erörtert, wie man diese Ansprüche ausbalancieren könnte. Dabei rieten die Sachkundigen zu unterschiedlichen Prioritäten: Prof. Dr. Michael Fehling betonte, wenn der Hochschule der Sächsischen Polizei eine derart wichtige Rolle zukommen solle,

müsse man umso größere Anstrengungen unternehmen, das eher wissenschaftsfremde, hierarchische Polizeidenken und den entsprechenden Korpsgeist in Einklang mit der akademischen Ausbildung zu bringen. Prof. Dr. Hartmut Aden riet dazu, die Polizeiausbildung nicht in einer eigenen Hochschule vorzunehmen, sondern in eine der bereits bestehenden sächsischen Fachhochschulen zu integrieren – um Synergien zu



ZUM NACHLESEN

Protokoll
**Öffentliche
Anhörung**

nutzen, aber auch, um Distanz zu gewinnen.

Prof. Dr. Sabrina Schönrock gab zu bedenken, dass, selbst wenn es einen Studiengang für künftige Polizisten an einer freien Hochschule geben sollte, dieser genauso den Bedürfnissen der Polizeiausbildung Rechnung tragen müsse. Dazu gehöre, dass es in der polizeilichen Ausbildung – auch im Studium – Praxismodule geben müsse, die klassische Professuren so nicht leisten könnten. Friedel Durben wie auch Carsten Kaempff (beide Direktoren der Polizeihochschulen ihres jeweiligen Landes) betonten daraufhin, dass am Ende jeder Ausbildungsform ein Polizist sofort



// Ronald Pohle

auch »berufsfertig« sein müsse – das Beibehalten einer Hochschule, die sich auf diese Bedürfnisse spezialisiere, sei daher sinnvoll. Durben ergänzte, eine interne Polizeihochschule zeichne sich dadurch aus, dass sie eine hohe Identifikation mit den Abnehmern habe. Diese Identifikation dürfe man nicht verlieren durch die Art und Weise, wie sie strukturiert und aufgebaut werde. Er riet zugleich dazu, die Integration der Fachhochschule in die Region



Fotos: J. Männel

und ihre Internationalisierung nicht zu vernachlässigen.

Vielfach gelobt wurde, dass eigene Forschungskompetenzen der sächsischen Polizei künftig deutlich gestärkt werden sollen.

Kritik an der geplanten Organisation der Fachhochschule

Zugleich wurde in der Anhörung Kritik an den geplanten Strukturänderungen der Hochschule der Sächsischen Polizei geäußert. So bemängelte Karsten Lauber – wie auch die meisten anderen Sachkundigen –, dass nach diesem Gesetzentwurf im Senat eine eigenständige Vertretung der Professuren fehlen werde. Damit würden in diesem beschlussfassenden und äußerst bedeutsamen Gremium vor allem polizeiliche, aber kaum wissenschaftliche oder auch hochschulpolitische Aspekte berücksichtigt. Die Gewerkschaftsvertreter Hagen Husgen und Torsten Schmortte kritisierten

zudem, dass in den Fachvertretungen der Bereich Fortbildung fehle und der Abteilungsleiter für Ausbildung der Einzige sei, der kein Prorektor werden könne. Weiterhin bemängelten sie die fehlende Berücksichtigung der Personalvertretung der Polizei im künftigen Fachhochschulbeirat. Hagen Husgen merkte außerdem an, dass eine gemeinsame Bildungseinrichtung auch die verschiedenen dort beschäftigten Lehrkräfte gleichwertig behandeln müsse.

In über dreieinhalb Stunden Anhörung wurden noch weitere Aspekte ausgelotet. Trotz der vielen Einzelkritiken rieten die Sachkundigen schließlich zu einer Annahme des Gesetzentwurfs, denn eine generelle Neuausrichtung im Bereich der Fachhochschule und damit auch die Anhebung der Polizeiausbildung im Freistaat Sachsen auf ein höheres Niveau wurde durchweg unterstützt. Die Fraktionen haben in den nächsten Wochen Gelegenheit, den Gesetzentwurf mit Änderungsanträgen weiter zu gestalten.



SACHKUNDIGE:

Prof. Dr. Hartmut Aden	» Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Friedel Durben	» Direktor an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Prof. Dr. Michael Fehling	» Bucerius Law School, Hamburg
Hagen Husgen	» Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Sachsen
Carsten Kaempff	» Rektor der Hochschule der Sächsischen Polizei
Karsten Lauber	» Kriminologe, Polizeiwissenschaftler
Torsten Schmortte	» Stellv. Landesvorsitzender Bund Deutscher Kriminalbeamter Sachsen
Prof. Dr. Sabrina Schönrock	» Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

LAUFENDE GESETZGEBUNG

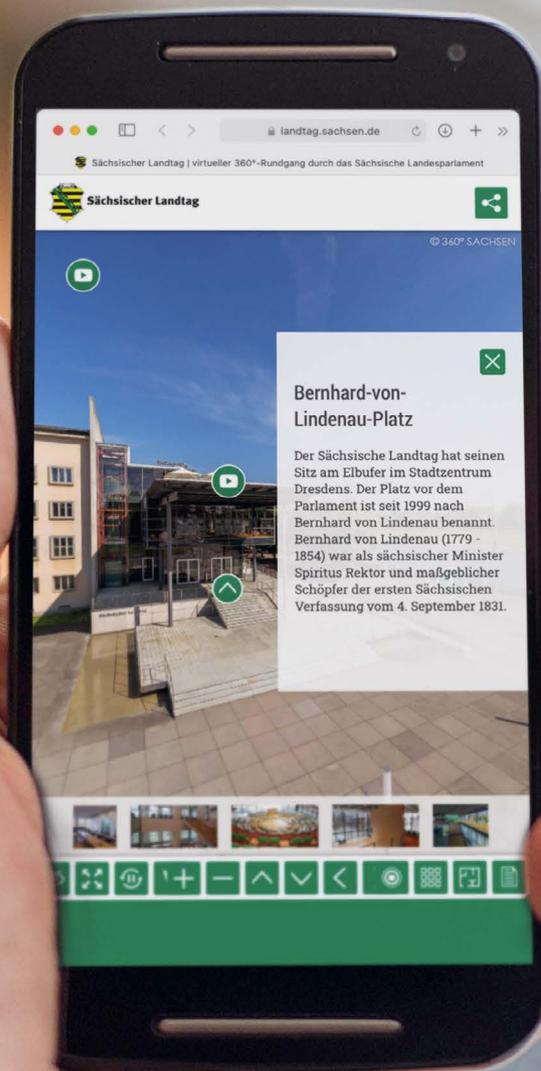
TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Neuordnung der Organisation von Studium, Ausbildung und Fortbildung der sächsischen Polizei, 7/6004 Staatsregierung	Auf die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) soll laut dem Entwurf zukünftig die gesamte zentrale Aus- und Fortbildung der sächsischen Polizei übertragen werden. Ihr obliegen dann auch die Auswahl- und Einstellungsverfahren beim Bachelorstudium und bei der Ausbildung.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport am 10. Juni 2021
Gesetz zur Einführung eines »Kinder- und Familienfreitags« als gesetzlichen Feiertag, 7/6595 DIE LINKE	In Sachsen soll ein neuer jährlicher Feiertag am ersten Freitag des Monats Juni eingeführt werden. Damit soll auf die Lebenssituation und Rechte von Kindern hingewiesen werden.	1. Beratung am 24. Juni 2021 und Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Gesetz zur Umsetzung der Ausbildungs-offensive an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum, 7/6655 Staatsregierung	Mit dem Gesetzentwurf ist geplant, den Studiengang Digitale Verwaltung nach seiner Einführung im Jahr 2020 dauerhaft einzurichten und die Organisationsstruktur anzupassen.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 1. Juni 2021
Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 im Freistaat Sachsen, 7/6667 Staatsregierung	Im Jahr 2022 wird in Deutschland wieder eine groß angelegte statistische Erhebung, der Zensus, durchgeführt. Der Gesetzentwurf regelt notwendige Vorgaben auf Landes- und Kommunalebene.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 1. Juni 2021
Gesetz zur Stärkung der ärztlichen Versorgung im Freistaat Sachsen, 7/6673 Staatsregierung	Um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern, sieht der Gesetzentwurf eine Landarztquote für Humanmedizin in Sachsen vor.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus (ffd.), den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 15. Juni 2021
Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen, 7/6704 AfD	Der Gesetzentwurf soll verhindern, dass in sächsischen Wäldern zukünftig Windenergieanlagen errichtet werden.	1. Beratung am 24. Juni 2021 und Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung, 7/6705 AfD	Nach dem Gesetzentwurf wird der Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohnbebauungen in Sachsen zukünftig auf 1 000 Meter festgeschrieben.	1. Beratung am 24. Juni 2021 und Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zum Schutz des Bestands öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Freistaat Sachsen, 7/4800 DIE LINKE	Sächsische Kommunen sind verpflichtet, bisher nicht in ihrem Bestand verzeichnete Straßen, Wege oder Plätze bei Bedarf aufzunehmen. Die festgelegte Frist bis Ende 2022 sollte durch den Gesetzentwurf gekippt werden.	abgelehnt
Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichen-psychotherapeuten, 7/6081 Staatsregierung	Das Gesetz dient der Zustimmung und Ratifizierung des Ersten Änderungsstaatsvertrages durch den Sächsischen Landtag. Darin erfolgen die erforderlichen Aktualisierungen an die zwischenzeitlich reformierte Psychotherapeutenausbildung.	angenommen

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 24. Juni 2021 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

Rund-um-die-Uhr-Angebote statt geschlossener Türen



// Die Corona-Pandemie und die vorübergehende Schließung des Sächsischen Landtags für Besucher waren für die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments eine riesige Herausforderung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Chance genutzt und im digitalen Bereich nachhaltig Neues geschaffen. //

DIGITAL

durchgestartet

// Die letzten 1,5 Jahre waren für die Außenkommunikation des Sächsischen Landtags aufgrund abgesagter Veranstaltungen und Gruppenbesuche durchaus herausfordernd. Trotzdem geht das Parlament aus der Pandemie mit neuer digitaler Stärke hervor. Damit der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern auf hohem Niveau fortgeführt werden konnte, entwickelte man viele Online-Angebote erheblich weiter. Einige Formate wurden sogar komplett neu eingeführt und werden auch weiterhin das Portfolio bereichern. //

Online-Besucherhighlights 2020/2021



Auch für Besuchergruppen wurde viel getan: Mittlerweile können Bürger und Schulklassen beim Besucherdienst alle Führungsprogramme als live-geführten Online-Rundgang

buchen, selbstverständlich inklusive Abgeordnetengespräch im Anschluss. So stiegen die Besucherzahlen seit Beginn des Jahres trotz geschlossener Tore wieder an.

Virtuell geführte Besucher



Damit Veranstaltungen, die vor Ort mit nur wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfinden durften, trotzdem einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden konnten, wurden sie entweder live gestreamt oder in Videos zusammengefasst und auf Online-Plattformen geteilt. So konnten beispielsweise im Oktober letzten Jahres 6 527 Zuschauer das Streitgespräch »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« im Plenarsaal verfolgen. Auch unter voller Zuschauerlast wären nicht annähernd so viele Präsenz Gäste möglich gewesen. Auch weitere Veranstaltungen verzeichneten rege virtuelle Besucherströme.

Abseits der Veranstaltungsformate gab es auch Zuwachs bei der Videoreihe »Wer, wie, was? Schnell erklärt!«. Neue Video-clips über die Arbeit der Abgeordneten und den Gesetzgebungsprozess ergänzen nun den Themenreigen. Schon ungefähr 15 000 Interessierte nutzten die Reihe, um sich über verschiedene Aspekte der Landtagsarbeit zu informieren.



Abgeordnete im Live-Videochat-Gespräch



Digitale Führungen



360-GRAD-RUNDGANG

Als Plattform für die digitalen Führungen dient der Virtuelle 360-Grad-Rundgang des Landtags. Dieser wurde 2020 noch einmal um weitere Stationen, wie beispielsweise das Amtszimmer des Präsidenten im Ständehaus, erweitert. Das 24-7-Angebot lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein, den Landtag auf eigene Faust zu durchstreifen, dabei Videos zu schauen und neue Dinge über die Parlamentsarbeit zu erfahren.



Der Virtuelle Rundgang auf einen Blick

Sie kennen den Virtuellen Rundgang noch nicht? Hier können Sie reinklicken:



www.landtag.sachsen.de



Geschichte, Gebäude, Gesichter



Aufgaben des Landtags

VIRTUELLER LANDTAGSKOFFER

Wer es noch spielerischer mag, ist bei den interaktiven Lern-Snacks gut aufgehoben. Diese sind im ebenfalls neuen Format »Virtueller Landtagskoffer« angesiedelt und nehmen Interessierte im Messenger-Chat-Format als Frage-Antwort-Spiel auf eine bunte Themenreise mit.



Gesetzgebung



Landtagswahlen



Abgeordnete

LANDTAGSPUBLIKATIONEN

Doch auch die meisten klassischen Landtagspublikationen sind nun jederzeit online abrufbar und können daher überall gelesen werden, wo es Internet gibt. Allein 132 Bücher, Berichte, Faltblätter und Magazine warten auf den Download. Den Landtagskurier

kann man sogar bis ins Jahr 2014 zurück abrufen.

Natürlich können alle Druckwerke in analoger Form trotzdem nach wie vor kostenfrei nach Hause bestellt werden. Die Anzahl der verfügbaren Titel wird dann sogar noch größer.

Dass die Bemühungen, den Umfang der digitalen Angebote zu erhöhen, Früchte getragen haben, zeigen die Besucherzahlen der Website: Im Jahr 2020 lagen die durchschnittlichen Besuchszahlen pro Monat noch bei 10 507. 2021 kletterten sie bereits auf 13 557 Website-Besuche pro Monat.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen

SOCIAL-MEDIA-KANÄLE

Auf dem allerneuesten Stand bleibt man als Abonnent unserer Social-Media-Kanäle:



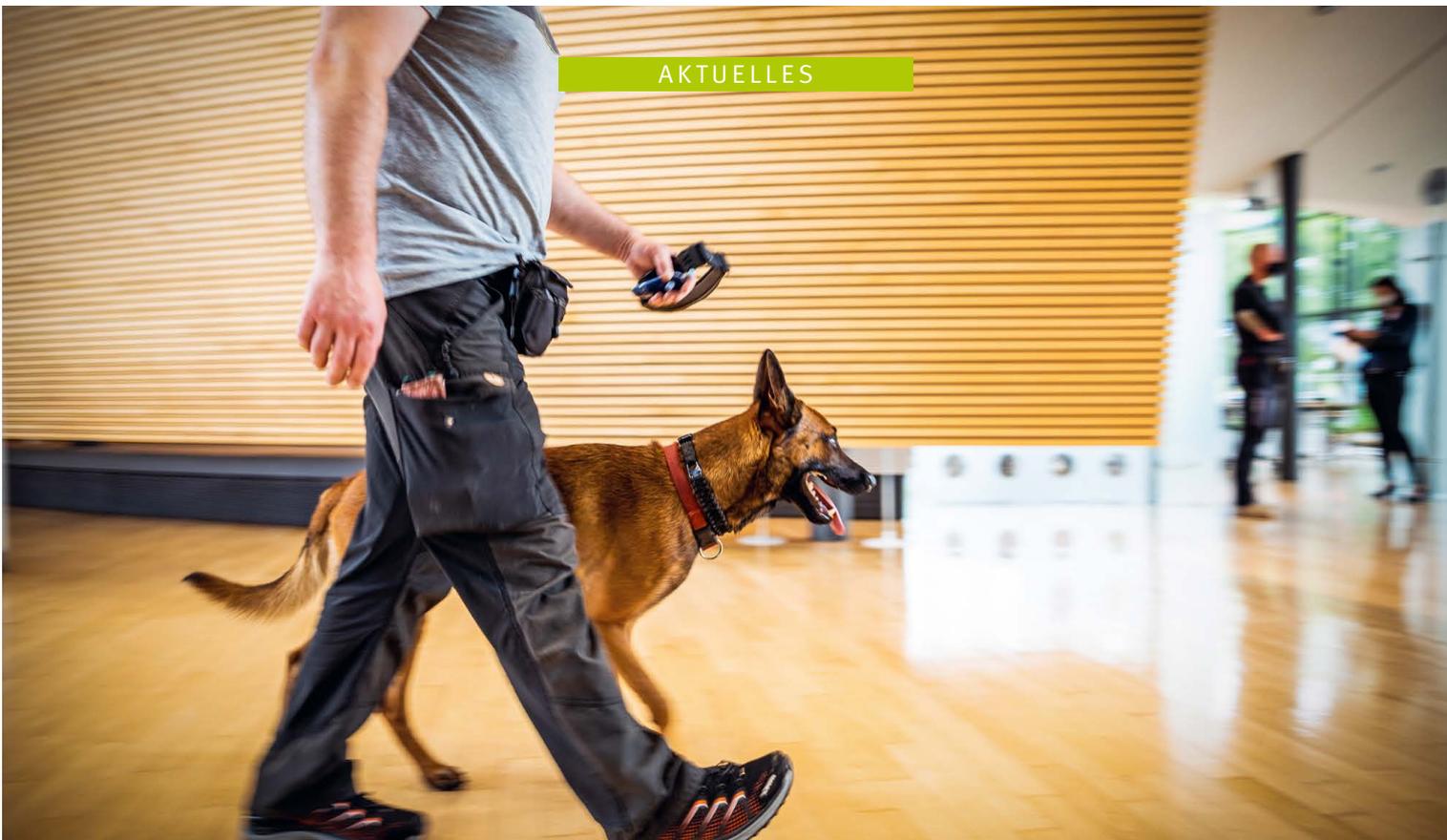
twitter.com/sax_lt



[@sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)



**YouTube-Kanal
Sächsischer Landtag**



Fotos: T. Schlorke

Katja Ciesluk

Tierischer Einsatz im Plenarsaal

Zeitiges Aufstehen gehört für Hugo zum Job. Es ist gerade einmal sieben Uhr am Morgen, als sein tierischer Einsatz im Landtag beginnt. Mit seiner feinen Nase durchkämmt der zweijährige Schäferhund die Reihen des noch leeren Plenarsaals, den Zugang im Neubau und mehrere Nebenräume. Seine Aufgabe: Hugo unterstützt die Beamten des Landeskriminalamtes Sachsen bei der Durchsuchung des Parlamentes – einer routinemäßigen Sicherheitsmaßnahme zum Auftakt jeder Plenarwoche.

Hugo ist ein ausgebildeter Sprengstoffspürhund. Gemeinsam mit seinem Hundeführer Tino Seifert von der Polizeidirektion Dresden inspiziert er das Hohe Haus. Die beiden sind ein eingeschworenes

Team. »Kein technisches oder elektronisches Gerät besitzt nur annähernd das Leistungsvermögen und die Zuverlässigkeit einer Hundenase«, erklärt Seifert die Vorteile seines tierischen Gefährten. »Deshalb trägt der Einsatz von Spürhunden maßgeblich zur Sicherheit bei.«

Nach gut 45 Minuten ist die Überprüfung abgeschlossen. Weder die Beamten noch Hugo haben eine unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung – wie es im Polizeijargon heißt – gefunden. Während der Spürhund sich jetzt erst einmal Spielzeit mit seinem Herrchen zur Belohnung verdient hat, kann für die Abgeordneten eine neue Sitzungswoche im Plenarsaal beginnen.



Bewährungsprobe für den Datenschutz

Neuer Tätigkeitsbericht veröffentlicht

Björn-Henrik Lehmann

// Coronabedingt ist die Digitalisierung im vergangenen Jahr rasant vorangeschritten. Büros und Schulen blieben menschenleer, der Kontakt zu Kollegen, Familie, Freunden, Lehrern und Mitschülern verlagerte sich ins Internet. Videokonferenzen und Onlineplattformen boomten. Handel, Dienstleister und Behörden erhoben Kontaktdaten in einem bis dato unvorstellbaren Ausmaß – eine echte Herausforderung für den Datenschutz, nachzulesen im kürzlich veröffentlichten Tätigkeitsbericht des Sächsischen Datenschutzbeauftragten Andreas Schurig. //

Knapp 180 Seiten umfasst sein Bericht. Darin sind die Arbeitsschwerpunkte des vergangenen Jahres zusammengefasst. Wie die Statistik zeigt: Die Zahl der Beratungen stieg um fast 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vor

»Diese Behauptung hält einem Faktencheck nicht stand. Tatsache ist, dass weder die Datenschutz-Grundverordnung noch die weiteren Datenschutzgesetze der Pandemie-Eindämmung entgegenstehen«, erwidert der



// Andreas Schurig überreichte den Tätigkeitsbericht 2020 an Andrea Dombois, Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags. // Foto: R. Bonß

allem Ministerien und öffentliche Stellen wandten sich an ihn. Auch Meldungen von Datenschutzverletzungen verzeichnet wiederholt einen Anstieg. 635 waren es zum Jahresende, ein Plus von über 40 Prozent.

Immer wieder bekam Andreas Schurig zu hören, der Datenschutz verhindere die Pandemie-Bekämpfung.

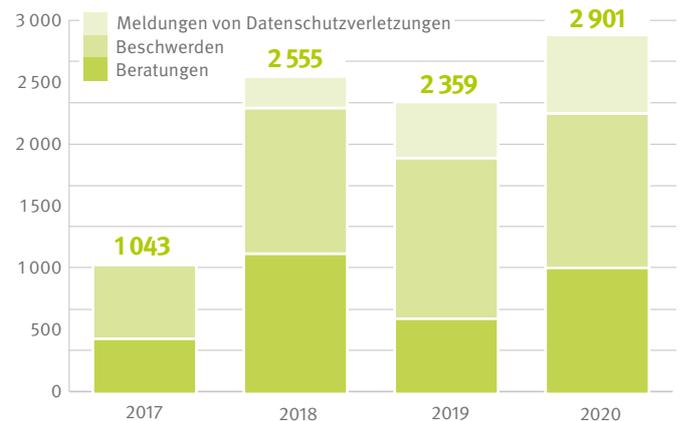
Sächsische Datenschutzbeauftragte. Er erinnert daran, dass es sich beim Datenschutz um ein Grundrecht und Wesensmerkmal unserer Demokratie handelt. Versuche, den Datenschutz zu umgehen oder abzuschaffen, seien deshalb ein Angriff auf dieses Bürgerrecht und auf die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Wenngleich 2020 stark von Covid-19 geprägt war, gingen nicht weniger Anliegen zu anderen Themen bei ihm ein. So erreichen ihn fast täglich Eingaben und Hinweise zur Videoüberwachung. Wiederholt richteten sich Bürger, Unternehmen und öffentliche Stellen mit Fragen und Eingaben zu Cookie-Bannern an seine Dienststelle. In anderen Fällen ging es um die Auswirkungen des EuGH-Urteils »Schrems II«, die datenschutzkonforme Löschung von Kundenprofilen und vieles mehr.

Zudem hatte Sachsen im vergangenen Jahr den Vorsitz der Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden

des Bundes und der Länder (DSK) inne. Mehr als 20 Entschlüsse, Beschlüsse, Orientierungshilfen und Materialien wurden in diesem Zeitraum unter Andreas Schurigs Führung veröffentlicht. Des Weiteren organisierte seine Behörde den Europäischen Datenschutztag, der am 28. Januar 2021 stattfand. »Die Konferenz war mit knapp 1 000 Teilnehmern aus der ganzen Welt der bestbesuchte Europäische Datenschutztag seit seinem Bestehen«, betont der Sächsische Datenschutzbeauftragte abschließend.

ZUWÄCHSE IN WICHTIGEN TÄTIGKEITSBEREICHEN





Katja Ciesluk

»Nur wenn wir etwas verändern, können wir auch in Zukunft gut leben.«

Ein Tag mit Dr. Claudia Maicher, Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschule, Kultur, Medien und Tourismus

// Mit dem Rad von Termin zu Termin // Fotos: L. Ihring

// »Endlich ist es wieder möglich, die Menschen persönlich zu Gesprächen zu treffen«, freut sich Claudia Maicher sichtlich, als wir Mitte Juni vor dem Universitätsarchiv Leipzig aufeinandertreffen. Der intensive Austausch mit der Fachöffentlichkeit und den Menschen in ihrem Wahlkreis liegt der profilierten Hochschul-, Wissenschafts- und Kulturpolitikerin sehr am Herzen. Seit knapp 18 Monaten ist Maicher Vorsitzende des entsprechenden Ausschusses im Sächsischen Landtag, der damit erstmals von einer Abgeordneten der BÜNDNISGRÜNEN geführt wird. //

Seit 2005 engagiert sich die Wahlleipzigerin bei den BÜNDNISGRÜNEN, lernte dort das politische Handwerk von der Pike auf und gestaltete als Landesvorsitzende (2010 bis 2014) die Geschicke ihrer Partei in verantwortlicher Position mit. »Wir stehen vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen und ich möchte aktiv daran mitwirken, Antworten darauf zu finden und Lösungsvorschläge zu erarbeiten«, umreißt Claudia Maicher ihren politischen Antrieb. »Nur wenn wir etwas verändern, können wir auch in Zukunft gut leben.« Gut bedeute dabei für sie, sich für eine vielfältige, freie und auf Nachhaltigkeit bedachte Gesellschaft einzusetzen.

2014 zog die promovierte Soziologin erstmals in den

Sächsischen Landtag ein. Fünf Jahre später gelang es der Politikerin, das Direktmandat in ihrem Wahlkreis im Leipziger Westen zu gewinnen. »Darüber habe ich mich sehr gefreut. Es bedeutet aber zugleich noch mehr Verantwortung für die konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auch jenseits meiner Fachthemen.«

»Zunächst nur Ihr Wohlwollen«

Heute knüpft sie Kontakt mit Dr. Jens Blecher, dem Direktor des Universitätsarchivs Leipzig. Mehrfach war der Termin verschoben worden – das Kennenlernen sollte von Angesicht zu Angesicht stattfinden. Fast zwei Stunden nimmt sich die Politi-



// Claudia Maicher in ihrem Wahlkreisbüro

Haus Vorreiter auf diesem Gebiet ist und sein Know-how seit Jahren u. a. an kleine kommunale Archive weitergibt. Mit geringem finanziellen Aufwand lasse sich doch so vieles umsetzen, verblüfft der umtriebige Hausherr seine Gesprächspartnerin.

Blecher nutzt das Gespräch, um die Abgeordnete für seine neueste Idee zu gewinnen – den Aufbau eines gemeinsamen digitalen Archivs der sächsischen Hochschulen. Der Ansatz gefällt Maicher: »Wir müssen viel mehr zusammenarbeiten.« Was es dafür vonseiten der Politik brauche, hakt sie nach, um den konkreten Handlungsbedarf zu eruieren. »Zunächst nur Ihr Wohlwollen«, überrascht Blecher die Abgeordnete schon wieder. Um dann doch nachzuschieben, dass perspektivisch eine

kerin Zeit, um mit Blecher über die Digitalisierung in Archiven zu sprechen. »Das Gefälle in diesem Bereich ist enorm«, berichtet Blecher, der mit seinem



// Besuch in der Markthalle Plagwitz

moderate Grundfinanzierung seitens des Freistaates wünschenswert sei.

Maicher hört aufmerksam zu und versucht den Wunsch gedanklich schon in einen der nächsten Landeshaushalte einzusortieren. Die intensive monatelange Arbeit am jüngst verabschiedeten Etat für den Freistaat hat sie und ihre Fraktion zuletzt sehr geprägt. »Mehr Geld für die Kulturräume und für die Hochschulen«, nennt sie zwei Anliegen, an deren Umsetzung sie erfolgreich mitgewirkt habe.

Auf Nachbarschaftstour im Wahlkreis

Weiter geht es mit dem Rad quer durch die Messestadt in Maichers Wahlkreis im Leipziger Westen. Vor wenigen Tagen konnte sie nach der pandemiebedingten Zwangspause endlich wieder ihre Nachbarschaftstour starten. Vor Ort informiert sich die Politikerin über Anliegen und Vorhaben der Menschen und Initiativen in ihrem Umfeld

Markthalle. Von hier vertreiben sie mit ihrem Team regionale Lebensmittel und Getränke, die sie zum Teil auch selbst produzieren, und organisieren jeden Freitag und Samstag einen Wochenmarkt, auf dem lokale Erzeuger ihre Produkte anbieten. »Das Bewusstsein der Menschen für regionale Produkte ist gestiegen«, freut sich Thilo Egenberger. Während der Pandemie habe sich der Zuspruch deutlich gesteigert, weiß er der Abgeordneten zu berichten. Ein kleiner Lichtblick in den

nerschaftlichem Miteinander und Klimaschutz sich perfekt mit ihrer eigenen politischen Agenda deckt. Schnell ordert sie noch neue Flyer, um den Wochenmarkt auch in ihrem Büro zu bewerben, bevor es Zeit zum Aufbruch ist.

Zwischenfinanzierung gesucht

Nach wenigen Minuten erreichen wir Maichers Wahlkreisbüro. Der »GRÜNE Raum am Kanal« ist ein Ort der Begegnung. Normalerweise finden hier regelmäßig Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen oder Vereinstreffen statt. »Ich hoffe, dass das bald wieder losgeht«, erzählt Maicher, bevor sie mit ihrer Mitarbeiterin anstehende Termine und Aufgaben bespricht. Das Spektrum reicht von vorzubereitenden Reden für das kommende Plenum über die Teilnahme an einer Müllbereinigungsaktion bis zur Koordination des nächsten Newsletters.

Während ihre Mitarbeiterin in den sozialen Medien über den bisherigen Arbeitstag informiert, nimmt sich Claudia Maicher Zeit, um ihr Verständnis von Politik zu beschreiben. Sie stehe vor allem für Inhalte und sachliche Argumente. »Und es ist mir wichtig, ehrlich zu kommunizieren und den Menschen im Wahlkreis nichts

zu versprechen, was ich nicht halten kann«, so Maicher. Die wenige Freizeit, die ihr Engagement als Vollblutpolitikerin ermöglicht, verbringt die dreifache Mutter am liebsten mit ihrer Familie und ihren Freunden. Und künftig vielleicht auch vor den Tasten. »Ich möchte gern das Klavierspielen lernen«, verrät die 43-Jährige.

Dann wird es zum Abschluss des Tages doch noch virtuell. Die Hochschulpolitikerin ist zum Zoom-Meeting mit Dr. Hamidi, Leiter des Forschungszentrums für Entwicklungskommunikation an der Universität Leipzig, verabredet. Das Institut forscht dazu, wie Kommunikation den nachhaltigen und sozialen Wandel in der Gesellschaft befördern kann. Um die Arbeit zu verstetigen, bespricht der Forscher mit Maicher Finanzierungsmöglichkeiten, um die Zeit zu überbrücken, bis sich das Institut über Drittmittel selbst tragen könne. Regelmäßig werde sie nach Förderungen für innovative Forschungsvorhaben gefragt, erzählt Maicher. Wie auch heute im Gespräch mit Hamidi, denkt sie in alternativen Lösungsansätzen. »Ich werde mich schlau machen, welche Programme es für solche Zwischenfinanzierungen gibt«, sichert Maicher ihrem Gesprächspartner zu. »Mehr kann ich hier im Moment nicht versprechen.«



// Gespräch mit Dr. Jens Blecher im Universitätsarchiv Leipzig

und erkundet so, wo sie unterstützen kann.

In Plagwitz erwarten Thilo Egenberger und Julia Wolff die Abgeordnete vor ihrer

zurückliegenden wirtschaftlich herausfordernden Monaten. Maicher kennt das Unternehmerpaar bestens, dessen Philosophie von Nachhaltigkeit, part-

// Regelmäßig stellt der Landtagskurier in dieser Rubrik Abgeordnete aus der Parlamentsgeschichte vor. Eine neue Artikelserie nimmt nun erstmals die Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik in den Blick, die teilweise ohne Landtagsmandat ihr Amt ausübten. Beleuchtet wird insbesondere ihr Verhältnis zum Landtag. //



// Wilhelm Buck // Foto: Archiv Frank Buck

Prof. Dr. Mike Schmeitzner

Wilhelm Buck – Moderator ohne Mandat

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 2)

Die Analogien zwischen den ersten beiden Ministerpräsidenten Gradnauer und Buck erscheinen verblüffend: Wie sein Vorgänger hatte auch Buck kein Mandat des Sächsischen Landtags bzw. der Sächsischen Volkskammer, wie das Landesparlament 1919/20 hieß – jedenfalls nicht während seiner Amtszeit 1920 bis 1923. Seit einer Nachwahl 1913 war er Reichstagsabgeordneter. Und auch im Januar 1919 kandidierte er erfolgreich für das neue deutsche Parlament, obwohl er seit November 1918 als Kultusminister der sächsischen Revolutionsregierung angehörte und so sein Hauptbetätigungsfeld auf der Landesebene hatte. Im Gegensatz zu Gradnauer verfügte Buck aber über parlamentarische Erfahrungen auf kommunaler Ebene: Seit 1908 war er Dresdner Stadtverordneter und seit 1917 auch unbesoldeter

Stadtrat gewesen. Dass er noch einmal Ministerpräsident werden würde, war keineswegs ausgemacht: Infolge der Aufnahme von zwei Linksliberalen in die von der MSPD geführte Regierung im Herbst 1919 hatte Buck sogar sein Kultusministerium abgeben müssen.

Aus der hauptamtlichen Dresdner Kommunalpolitik wurde er von der eigenen Partei und der Volkskammerfraktion im Frühjahr 1920 reaktiviert. Ministerpräsident Gradnauer hatte aufgrund der blutigen Auseinandersetzungen während des rechtsgerichteten Kapp-Putsches und wegen Gesundheitsproblemen sein Amt niederlegen müssen. Da sich keiner der MSPD-Minister das höchste Staatsamt zutraute oder aber als entsprechend qualifiziert infrage kam, fiel die Wahl auf Buck. Für Buck sprach zudem, dass er das

sozialliberale Bündnis mit den Linksliberalen unbedingt fortsetzen wollte. Wie Gradnauer stand auch der 1869 geborene, langjährige Gewerkschafter für einen historischen Brückenschlag zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Die einmütige Verabschiedung der Landesverfassung war auch Resultat dieser Politik. Sein Mandat auf Reichsebene wurde anfangs weniger als Problem denn als Chance begriffen. In seinen Landtagsreden betonte Buck immer wieder den »innigen Kontakt« zwischen Reich und Freistaat. Das war wohl auch der Grund, weshalb er im Juni 1920 erneut für den Reichstag kandidierte und nicht für den wenige Monate später zur Wahl stehenden Landtag.

Ein verfassungstreuer Vermittler

In der Folge machte es sich aber doch bemerkbar, dass der Ministerpräsident weder über ein Mandat für den Landtag noch über eine Spitzenfunktion in der eigenen Partei verfügte. Den Machtkampf mit der innerparteilichen Linken in der MSPD und deren Anhängerschaft in der Landtagsfraktion verlor er Ende 1920, als er mit seinem Votum für eine Koalition aus MSPD sowie den Links- und Rechtsliberalen nicht durchdrang. Der eigene linke Flügel zwang ihn in eine linke Minderheitenkoalition aus MSPD und USPD, die von der KPD toleriert wurde. Er beugte sich der innerparteilichen Disziplin, versuchte aber die Zugeständnisse an die KPD zu begrenzen. Noch vor der Wahl des Ministerpräsidenten hatte der KPD-Sprecher

Rudolf Renner erklärt, diese »Verfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu stürzen«. Darauf gab Buck eine persönliche Erklärung ab, in der er die »Grundsätze und Bedingungen« der KPD rundweg ablehnte. Die KPD-Fraktion lenkte daraufhin ein und wählte ihn in geheimer Wahl mit.

Die parlamentarische Basis der Regierung blieb aber auch über die Jahreswende 1920 hinaus prekär. Als im Frühjahr 1921 die bewaffnete »März-Aktion« der KPD auch in Sachsen zu Sprengstoffanschlägen führte, stand das Ende der Koalition kurz bevor. Als nur wenige Wochen später ein Abgeordneter der USPD-Regierungsfraktion im Landtag erklärte, warum er eine »Diktatur des Proletariats« für sinnvoller hielt als das bestehende System, kam der Ministerpräsident erneut in Verlegenheit: In einer Regierungserklärung stellte er sich halbherzig vor den Abgeordneten und bekundete gleichzeitig seine Verfassungstreue. In der Folge versuchte er mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, wobei ihm die Mehrheit der eigenen Fraktion folgte. Eine punktuelle Kooperation mit den Liberalen war dabei kein Tabu. So gelang es seiner Regierung, auf verschiedenen Feldern Erfolge zu erzielen: Unter den Schulreformen ragt besonders das Schulbedarfsgesetz hervor, das u. a. die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule, die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassenverbänden und die Abschaffung der kör-

perlichen Züchtigung fest-schrieb. Die neue demokratische Gemeindeordnung brachte seine Regierung ebenfalls auf den Weg. Und auch im Polizeibereich kam es zu grundlegenden Reformen – bis hin zur Gründung eines Landeskriminalamtes (LKA).

Ein wehrhafter Demokrat

Als sich auch nach den vorzeitig abgehaltenen Landtagswahlen vom Herbst 1922 die Mehrheiten nicht änderten, wurde Buck erneut in sein Amt gewählt. Im Landtag brachte er kurze Zeit später sein politisches Credo noch einmal auf den Punkt, als

er erklärte: Er habe »immer die Auffassung, dass das richtig ist, was geschehen und verordnet wurde«, wenn »von den Extremen rechts und links« Angriffe gegen sein Kabinett erfolgten. Das sahen im Krisenjahr 1923 die Kommunisten inner- und außerhalb des Landtags gänzlich anders: Sie wollten jetzt direkten Einfluss auf die Regierung ausüben und auch außerparlamentarisch die Lage für einen »Deutschen Oktober« nutzen. Als die KPD-Fraktion den ihr unliebsamen Innenminister Richard Lipinski zusammen mit den bürgerlichen Fraktionen zum Rücktritt zwang, blieb sie Sieger im taktischen Machtkampf. Bucks Regierung trat zurück. Der Regierungschef selbst wollte wie die Mehrheit der wieder vereinigten SPD-Fraktion nun den parlamentarischen Anschluss an die liberale Mitte suchen, doch machte ihr die Mehrheit der eigenen Landespartei einen Strich durch die Rechnung. Sie entschied sich für ein inhaltliches Abkommen mit der KPD. Die Fraktion ließ sich daraufhin in die Parteidisziplin nehmen und wählte mit den Kommunisten den bisherigen Justizminister Erich Zeigner zum Regierungschef.

Buck, der vor diesem Bündnis gewarnt hatte, zog sich vorerst verbittert aus der Landespolitik zurück und wurde noch 1923 Kreishauptmann (Regierungspräsident) von Dresden. Als er Anfang 1924 im Machtkampf mit der innerparteilichen Linken auch noch die Wiederaufstellung zum Reichstag verlor, unterstützte er immer offener die Fraktionsmehrheit im Landtag, die – ohne Zustimmung der Parteimehrheit –



Prof. Dr. Mike Schmeitzner

geboren 1968 in Dresden, studierte an der PH und TU Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Seit 1998 forscht er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden zum Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ und der frühen DDR sowie besonders zu Sachsen in der Weimarer Republik und unter den nachfolgenden beiden Diktaturen. // Foto: R. Ryter

nun eine Große Koalition gebildet hatte. 1926 setzte er sich dann sogar zeitweise an die Spitze einer rechtssozialdemokratischen Parteiabspaltung, die 1932 wieder in der SPD aufging. Für die neue Partei hatte er auch 1929/30 kurzzeitig dem Landtag angehört. 1933 von den Nazis aus dem Amt entfernt, starb Buck Ende 1945 in Radebeul bei Dresden. Kurz darauf wurde im Regierungsviertel eine Straße nach ihm benannt. Dies ist auch aus heutiger Sicht gut nachvollziehbar, hatte sich doch der Politiker sorbischer Herkunft durchaus Verdienste um eine wehrhafte Demokratie erworben: 1924 war er einer der Mitbegründer des überparteilichen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.



// Grabmal Wilhelm Buck auf dem St.-Pauli-Friedhof in Dresden // Foto: Frank Buck

SERVICE

Niederschlesien eröffnet Regionalbüro in Sachsen

Die Woiwodschaft Niederschlesien ist einer von 16 Verwaltungsbezirken in Polen und unmittelbarer östlicher Nachbar Sachsens. Am 15. Juni eröffnete sie ein Verbindungsbüro in Dresden. Damit sollen die Beziehungen zwischen dem Freistaat und der Woiwodschaft auf unterschiedlichen Ebenen des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens weiter vertieft werden. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler wies zur feierlichen Eröffnung darauf hin, dass diese Nachbarschaft in eine gemeinsame mitteleuropäische Identität eingebettet sei. Sie versetze die Mitteleuropäer heute wieder in die Lage, sich auf ihre Gemeinsamkeiten zu besinnen und die Gegenwart positiv zu gestalten.



Foto: Sächsische Staatskanzlei

Führungen im Landtag wieder vor Ort möglich

Mehrere Monate blieb der Sächsische Landtag coronabedingt für Besucher geschlossen, doch seit 1. Juli stehen die Türen wieder offen. Interessierte Gäste können im Bürgerfoyer die Ausstellung »Das Parlament der Sachsen« individuell besuchen und sich anhand von Schautafeln und interaktiven Stationen über die Arbeit des Landtags informieren. Geöffnet ist von Montag bis Freitag in der Zeit von 10 bis 18 Uhr. Für Führungen und Planspiele ab dem 6. September 2021 nimmt der Besucherdienst schon jetzt wieder Buchungen entgegen.

Telefon 0351 493 5132 oder besucherdienst@slt.sachsen.de



Foto: Landtag



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshmtl



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
21.07. – 22.07.2021
29.09. – 30.09.2021
18.11. – 19.11.2021
21.12. – 22.12.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132. Offene Führungstermine ohne Voranmeldung sind voraussichtlich ab September wieder möglich.

Für weitere Informationen lesen Sie bitte auch die Meldung auf der linken Seite.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 30.06.2021
Gastautoren: Björn-Henrik Lehmann (Mitarbeiter beim Sächsischen Datenschutzbeauftragten), Prof. Dr. Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der foto-mechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.